

Land will mehr Windräder im Norden

Entwicklung Rot-Grün macht sich für Ausbau im Mittelgebirge stark – Gute Erträge entscheidend Von unserem Redakteur Dietmar Brück

Rheinland-Pfalz. Die rot-grüne Landesregierung will die Windkraft auf den Höhenzügen von Eifel, Hunsrück und Westerwald konzentrieren. „Da herrscht zum Teil so viel Wind wie an der Nordsee“, erläuterte jetzt Ernst-Christoph Stolper (Grüne), Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. „Investoren empfehlen wir, eher in den Norden zu gehen“, betonte Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke (Grüne). Im Süden von Rheinland-Pfalz bläst der Wind nach Ansicht von Experten nicht stark genug, damit dieser zu einer echten „Windkraftregion“ wird.

Geordneter Ausbau

Damit sich der Ausbau der Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz in geordneteren Bahnen vollzieht, stellte Wirtschaftsministerin Lemke jetzt die Teilfortschreibung der Planungsgrundlagen vor. Kernpunkt: Künftig sollen leistungsstarke Windräder exakt dort platziert werden, wo der Wind am intensivsten und verlässlichsten weht. „Das ist notwendig, weil die Windkraft künftig die Grundlast bei der Stromversorgung tragen soll“, verdeutlichte Staatssekretär Stolper. Mit dem Entwurf zum fortentwickelten Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) will die Regierung auch Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die von einer „Goldgräberstimmung“ und von „Wildwuchs“ beim Ausbau der erneuerbaren Energien sprechen. Die Kommunen sollen künftig mehr Spielräume, aber zugleich auch mehr Verantwortung erhalten.

Die Landesregierung verfolgt den Plan, dass Rheinland-Pfalz bis 2030 bilanziell 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien deckt. Hauptenergielieferant ist dabei die Windkraft. Bis 2020 sollen die rheinland-pfälzischen Windkraftanlagen die fünffache Menge an Strom erzeugen. Zudem soll der Beitrag der Sonnenenergie (Fotovoltaik) auf über zwei Terrawattstunden steigen.

Das rot-grüne Kabinett hat jetzt den Startschuss für einen Planungsprozess gegeben, der bis tief in die Kommunen reicht. Da die Landesregierung auf den Ausbau der „Windkraft im Wald“ setzt, wurden Tabuzonen für Windräder eingegrenzt. Künftig werden nur Naturschutzgebiete, Kernzonen der Biosphärenreservate, Unesco-Welterbegebiete und der geplante Naturpark ausgenommen. 2 Prozent der Landesfläche sollen für Windanlagen aufgewendet werden, sagt die Ministerin.

Wenig Fläche verbrauchen

Lemke erklärte, dass die Landesregierung auf einen geringen Flächenverbrauch achtet. Das gilt auch für Sonnenenergie. Fotovoltaikanlagen sollen vorrangig auf Konversionsflächen oder auf ertragsschwachen Äckern stehen. Der Planungsprozess wird sich insgesamt über vier Jahre hinziehen. Lemke: „Das ist ein Marathon.“

Die CDU kritisierte, dass mit Eifel, Hunsrück und Westerwald „ohnehin schon stark betroffene“ Regionen weiter belastet werden. So ist die Energiewende nach Ansicht der Opposition nicht zu schaffen.